

Ä1 zu IA1: „Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Titel

Ändern in:

„Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Straßburg als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!

Antragstext

Von Zeile 27 bis 29:

- Festlegung der Stadt ~~Brüssel~~Straßburg als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes sowie eine vollständige Verlegung des Generalsekretariats des Europäischen Parlamentes von Luxemburg nach ~~Brüssel~~Straßburg.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä2 zu IA1: „Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2021)

Titel

Ändern in:

„Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Konzentration zentraler Institutionen der Europäischen Union an einem Ort

Antragstext

Von Zeile 27 bis 29:

- ~~Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes sowie eine vollständige Verlegung des Generalsekretariats des Europäischen Parlamentes von Luxemburg nach Brüssel.~~
- Die zentralen Institutionen der EU sollen möglichst an einem Ort angesiedelt werden um einerseits schnellen und effizienten Austausch untereinander zu gewähren und andererseits klimaschädliches und finanziell teures Pendeln zu vermeiden

Ä3 zu IA1: „Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
02.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 17 löschen:

Das Europäische Parlament besitzt aufgrund historischer Gründe mit Brüssel, Straßburg und Luxemburg heute drei verschiedene Arbeitsorte. ~~Denn nach der Gründung der EGKS sollten alle Institutionen zunächst in Luxemburg ihren festen Tagungsort haben, diese Pläne wurden allerdings aus mangelnden Platzgründen in der Stadt wieder verworfen. Als Notfalllösung wichen die Abgeordnete der parlamentarischen Versammlung der EGKS auf den Sitzungssaal des Europarates in Straßburg aus. Nach der Gründung der EWG und Euratom wurde auch ein Teil der parlamentarischen Tätigkeiten nach Brüssel verlagert. Da man sich aber nicht auf einen einheitlichen Sitz aller Gemeinschaftsorgane einigen konnte, wurde eine provisorische Lösung mit mehreren Arbeitsorten toleriert. Allerdings wurden in den darauffolgenden Jahrzehnten die Tätigkeiten des Europäischen Parlamentes verstärkt von Straßburg nach Brüssel verlegt, um es der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat räumlich näher zu bringen. Mit dem Fusionsvertrag 1965 erfolgte dann nicht nur die Vereinigung der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom, sondern auch die Auflösung der ehemaligen EGKS-Organe in Luxemburg. Als Kompensation für diesen Verlust, wurden das Generalsekretariat des Europäischen Parlamentes nach Luxemburg verlegt, welches bis heute dort seinen Sitz hat.~~

Ä4 zu IA1: „Parlamentarier:innen-Pendeln“ beenden – Festlegung der Stadt Brüssel als festen Tagungsort des Europäischen Parlamentes!

Antragsteller*innen Heinz Andreas Tönnies (JEB Berlin-
Brandenburg)

Titel

Ändern in:

Aus der Not eine Tugend machen: Europäisches Parlament als Reiseparlament in Europas Städten und Regionen institutionalisieren

Antragstext

Das Europäische Parlament besitzt aufgrund historischer Gründe mit Brüssel, Straßburg und Luxemburg heute drei verschiedene Arbeitsorte. Denn nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sollten alle Institutionen zunächst in Luxemburg ihren festen Tagungsort haben, diese Pläne wurden allerdings aus mangelnden Platzgründen in der Stadt wieder verworfen. Als Notfalllösung wichen die Abgeordneten der parlamentarischen Versammlung der EGKS auf den Sitzungssaal des Europarates in Straßburg aus. Nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) wurde auch ein Teil der parlamentarischen Tätigkeiten nach Brüssel verlagert. Da man sich aber nicht auf einen einheitlichen Sitz aller Gemeinschaftsorgane einigen konnte, wurde eine provisorische Lösung mit mehreren Arbeitsorten toleriert. Allerdings wurden in den darauffolgenden Jahrzehnten die Tätigkeiten des Europäischen Parlamentes verstärkt von Straßburg nach Brüssel verlegt, um es der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat räumlich näher zu bringen. Mit dem Fusionsvertrag 1965 erfolgte dann nicht nur die Vereinigung der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom in der Europäischen Gemeinschaft (EG), sondern auch die Auflösung der ehemaligen EGKS-Organen in Luxemburg. Als Kompensation für diesen Verlust wurde das Generalsekretariat des Europäischen Parlamentes nach Luxemburg verlegt, welches bis heute dort seinen Sitz hat.

Zwischen all diesen Sitzen finden nun monatlich eine Vielzahl an kostenintensiven Reisen statt, insbesondere zwischen den beiden Arbeitsorten Brüssel und Straßburg. In Straßburg

finden dabei jährlich zwölf jeweils viertägige Plenarsitzungen statt, wohingegen die Ausschüsse und Fraktionen des Parlamentes in Brüssel tagen, wo zudem bis zu sechsmal im Jahr zweitägige Plenartagungen abgehalten werden.

Diese Darstellung zeigt, dass die Verortung des Europäischen Parlaments in Brüssel und Straßburg sowie die ihres Generalsekretariats in Luxemburg weder selbstverständlich noch sachlich zwingend geboten ist. Dass das Parlament und seine Abgeordneten abwechselnd in Brüssel und Straßburg tagen, ist zufällig, worauf sich die Mitgliedstaaten, ihre Regierungen und Verhandlungsdelegationen in der Vergangenheit einigten. Für die betroffenen Parlamentarier*innen und ihre Mitarbeiter*innen ist die regelmäßige Pendelei hingegen finanziell, logistisch und ökologisch schlicht ärgerlich und unnötig aufwändig. Ohne Weiteres kann weder ihnen noch den Unionsbürger*innen politisch oder wenigstens praktisch überzeugend vermittelt werden, an dieser Zumutung festzuhalten. Böse Zungen sprechen unter diesen Umständen vom Europäischen Parlament als Wanderzirkus.

Mehr noch: Die EU und Europapolitik finden nicht mehr nur allein in Brüssel, Luxemburg und Straßburg, den Hauptstädten der Mitgliedstaaten und auf Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschef*innen statt. Die EU und Europapolitik finden heute vielmehr überall statt: vor Ort, in den Regionen, jenseits nationaler Grenzen und in aller Öffentlichkeit, in den Medien sowie übers Internet – da, wo sich Unionsbürger*innen versammeln, wo sie miteinander sprechen, streiten, sich einigen, handeln und zusammenleben. Es ist also Zeit, die überholte Festlegung auf Brüssel, Luxemburg und Straßburg als Orte der europäischen Bürger*innenvertretung aufzuheben. Zugleich gibt es Möglichkeiten, dem Europäischen Parlament jenen Platz in der EU zu verleihen, der ihm zu Recht als Herz und Zentrum der repräsentativen Demokratie in Europa gebührt.

Vor diesem Hintergrund – der lange zuvorverderst intergouvernemental geprägten Geschichte europäischer Integration –, aufgrund der logistisch sowie ökologisch sehr aufwändigen Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg sowie eingedenk der demokratischen Legitimation europäischer Politik fordern wir Jungen Europäischen Föderalisten die EU und das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments auf:

- aus der demokratisch, föderalistisch und historisch bedingten Notwendigkeit, den Städten und Regionen Raum und Gelegenheit zu politischer Partizipation in EUropa zu geben, eine Tugend zu machen: indem sie das Europäische Parlament
- das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments vollständig und dauerhaft von Luxemburg nach Brüssel zu verlegen, da dort auch die anderen beteiligten Organe europäischer Gesetzgebung, Ministerräte sowie Europäische Kommission,
- zu pflichten, in der Metropole der Stadt von Brüssel in der Metropolregion in Europa verfügen sollte, um als möglicherweise alleiniger Tagungsort fürs Europäische

- ~~Parlamente~~ ~~zu den~~ ~~Umfeldern~~ ~~der~~ ~~Tagungsorte~~ ~~des~~ ~~Europäischen~~ ~~Parlaments~~ ~~für~~ ~~jede~~ ~~Legislaturperiode~~ ~~erneut~~ ~~öffentlich~~ ~~ausgeschrieben~~ ~~werden~~ ~~kann~~, ~~um~~ ~~dem~~ ~~Europäischen~~ ~~Parlament~~ ~~und~~ ~~seinen~~ ~~Mitgliedern~~ ~~zugleich~~ ~~zu~~ ~~mehr~~
- ~~Parlamente~~, ~~wo~~ ~~sich~~ ~~Städte~~ ~~und~~ ~~Regionen~~ ~~Verkehr~~ ~~zur~~ ~~Erreichung~~ ~~möglichst~~ ~~breiter~~ ~~Verbreitung~~ ~~bewerben~~ ~~könnten~~, ~~um~~ ~~das~~ ~~Europäische~~ ~~Parlament~~, ~~seine~~ ~~Mitglieder~~ ~~und~~ ~~Mitarbeiter*innen~~
- ~~für~~ ~~mindestens~~ ~~eine~~ ~~mal~~ ~~in~~ ~~regelmäßiger~~ ~~Weise~~ ~~zur~~ ~~Wahl~~ ~~des~~ ~~Sitzes~~ ~~des~~ ~~Europäischen~~ ~~Parlaments~~ ~~organisiert~~ ~~sein~~ ~~sollte~~, ~~um~~ ~~den~~ ~~Bedürfnissen~~ ~~und~~ ~~Interessen~~ ~~sowohl~~ ~~der~~ ~~Parlamentarier*innen~~ ~~als~~ ~~auch~~ ~~denen~~ ~~der~~ ~~sich~~ ~~bewerbenden~~ ~~Städte~~ ~~und~~ ~~Regionen~~ ~~sowie~~ ~~jenen~~ ~~der~~ ~~Bürger*innen~~ ~~legitimerweise~~ ~~und~~ ~~nachhaltig~~ ~~gerecht~~ ~~zu~~ ~~werden~~;
- ~~zu~~ ~~prüfen~~, ~~wie~~ ~~die~~ ~~EU~~ ~~und~~ ~~ihre~~ ~~Bürger*innen~~ ~~die~~ ~~bisherigen~~ ~~Tagungsorte~~ ~~des~~ ~~Europäischen~~ ~~Parlaments~~ ~~in~~ ~~Brüssel~~ ~~und~~ ~~Straßburg~~ ~~nach~~ ~~wie~~ ~~vor~~ ~~und~~ ~~möglicherweise~~ ~~weiterhin~~ ~~nachhaltig~~ ~~nutzen~~ ~~könnten~~.

Begründung

Die angestoßene Diskussion der JEF Heilbronn, Konstanz und Tübingen über die Legitimität des Europäischen Parlaments, dessen Arbeitsweise und Tagungsort begrüße ich: Das Parlament bildet das Herz und Zentrum der repräsentativen Demokratie. Es verdient zu Recht unsere Aufmerksamkeit. Im Bestreben, die antragstellenden Mitglieder der JEF Heilbronn, Konstanz und Tübingen zu unterstützen, die Debatte auch über den Buko hinaus auszuweiten und fortzusetzen, reiche ich diesen meinen Änderungsantrag ein.

Die Globalalternative zu IA1 "'Parlamentarier*innen-Pendeln' beenden" **gilt hauptsächlich den Schlussfolgerungen und ihrer Begründung.** Die Prämissen teile ich und übernehme sie bis auf marginale Korrekturen: die Geschichte der Verortung des EP in Brüssel, Luxemburg und Straßburg; die hohen Kosten der Pendelei für den EU-Haushalt sowie die ökologischen Lasten für die Natur; und die fragwürdige Zumutbarkeit dieses Aufwands für Parlamentarier*innen und Bürger*innen. Der angeblich alternativlosen Schlussfolgerung, wie sie in der Begründung des IA1 dargelegt ist, stelle ich meinen Änderungsantrag als Globalalternative entgegen. Damit möchte ich **unsere Diskussion** über die Arbeitsweise und Legitimität des Europäischen Parlaments **öffnen**: über die Berechnung der finanziellen Kosten und ökologischen Lasten hinaus **auch für partizipatorische Erwägungen.**

Zur Begründung und Verteidigung meines Vorschlags:

Ja, dieser Idee – EP fünf Jahre hier, fünf Jahre dort und fünf Jahre ganz woanders zu tagen – **kann mensch leicht vorwerfen**: irrwitzigen **Wahnsinn**. Denn sie könnte dazu führen, die institutionelle Architektur der EU für viele Bürger*innen und EU-

Skeptizist*innen noch komplizierter zu machen, als sie ohnehin schon ist. Mehr als bisher wirft mein Vorschlag die Frage auf, wen und wo man in Europa anrufen soll, wenn man mit der EU sprechen will. Dem Vorwurf kann und will ich mich nicht erwehren.

Ja, **die EU ist kompliziert, sie kostet Geld, und Dreck machen sie, deren Parlament und ihre Mitglieder weiterhin.** Mein Vorschlag vermag nicht, diesen Einwänden finanziell sowie ökologisch unmittelbar und unverzüglich entgegenzuwirken. Was ich vorschlage, ist: Die EU und das EP könnten **aus dieser Not** – der Notwendigkeit, sich vor den Bürger*innen und gegenüber ihren verschiedenen Interessen zu erklären – **eine Tugend machen.** Das EP könnte möglicherweise seinen Tagungsort ähnlich wie seine Arbeitsweise und Geschäftsordnung Legislaturperiode für Legislaturperiode ändern und revidieren: kraft der Parlamentsautonomie und dank des Zwangs zur Rechtfertigung vor den Unionsbürger*innen, die die Mitglieder ihrer Volksvertretung wählen oder abberufen. **Das Europäische Parlament weiterhin als Reiseparlament zu konzipieren** – nun an einem Ort, den aber nur für eine Legislaturperiode –, **böte den Parlamentarier*innen und Bürger*innen Europas mehrere Chancen**, u.a.:

- Die Parlamentarier*innen könnten einen ihrer Meinung nach geeigneten Ort unter mehreren Alternativen wählen; welcher Ort sich für die Arbeitsweise des EPs eignet, könnten die MdEP stets zeitgemäß und bestimmt besser als die Staats- und Regierungschefs einschätzen
- ~~Der Tagungsort~~ ~~Reisebüro~~ ~~schon~~ ~~niemals~~ ~~schätzten~~ ~~den~~ ~~Makel~~ ~~behaftet~~ ~~sein~~, bloß das kleinste gemeinsame Übel zu sein, auf das sich die Staats- und Regierungschefs einig sind
- ~~Die Wahl des Tagungsortes~~ ~~Verstärkt~~ ~~die~~ ~~öffentliche~~ ~~und~~ ~~politische~~ ~~Aufmerksamkeit~~ ~~auf~~ ~~die~~ ~~vielfältigen~~ ~~Lebensweisen~~, Herausforderungen und Bedürfnisse der Bürger*innen
- ~~Die Bewerber~~ ~~der~~ ~~Stadt~~ ~~Tagung~~ ~~Regionen~~ ~~länden~~, Städten und Regionen mehr Anreize und Gelegenheit bieten, sich (und ihre umgebenden ländlichen Räume) nachhaltig zu modernisieren: sowohl infrastrukturell und technisch
- ~~die Wahl~~ ~~des~~ ~~Tagungsortes~~ ~~könnte~~ ~~helfen~~, den Bürger*innen Europas zu vermitteln, dass die EU und Europapolitik ihretwegen passieren und deshalb auch ihretwegen bei ihnen stattfinden; in der Folge könnte der von Legislaturperiode zu Legislaturperiode wechselnde Tagungsort der EU, dem EP und den MdEP zu tiefer erlebter Verankerung in ganz Europa verhelfen; schließlich könnten die Bürger*innen sich mehr mit EUropa identifizieren und die EU nachhaltiger legitimieren, indem sie mehr Vertrauen entgegenbringen und selbst regelmäßiger partizipieren.

Mit meinem Vorschlag möchte ich den Buko, seine Teilnehmer*innen und uns **JEFer*innen anregen, unsere Diskussion** über die Forderung – den Tagungsort des EPs zu ändern, das EP im institutionellen Dreieck zu stärken und für die Bürger*innen nachhaltig zu legitimieren – **auch aus der Perspektive der**

politischen In- und Throughput-Legitimität – Partizipation und Verfahrensgerechtigkeit – zu erörtern. Dieser multi-perspektivische Ansatz regt möglicherweise mehr JEF-Mitglieder an, sich aktiv und kreativ in unsere Debatte einzubringen. Er gibt möglicherweise auch Gelegenheit, den Beitrag und die Beteiligung der Städte und Regionen in EUropa stärker zu beachten. Schließlich zeigt die hiesige Antragsdiskussion durchaus verschiedene Präferenzen für geeignete Tagungsorte. Möglicherweise kann diese **Globalalternative als Kompromiss** zwischen den widerstreitenden Interessen vermitteln.

Zu einzelnen Fragen im Detail:

- 1.) **Wie könnten das Generalsekretariat des EP und das EP selbst an verschiedenen Orten tagen?** Es gibt Internet, Post, Telefon und Verkehrsmittel, um zwischen Tagungsort (Brüssel oder Straßburg oder X oder Y oder Z) einer- und andererseits dem Generalsekretariat zu kommunizieren. Pendeln tun die EP-Abgeordneten sowieso weiterhin: zwar nicht mehr zwischen Tagungsort A und Tagungsort B (bspw. Brüssel und Straßburg), aber weiterhin zwischen EP-Tagungsort und ihren Wahlkreisen sowie Heimatregionen.
- 2.) **Warum soll das Generalsekretariat jedenfalls in Brüssel sitzen?** Weil es als Ansprechpartner*in für Kommission und Ministerräte sowie CoRePer leicht und schnell zugänglich sein soll.
- 3.) **Warum könnte man den Tagungsort des EPs Legislaturperiode für Legislaturperiode umdisponieren wollen?** Um allen Bürger*innen zu vermitteln, sie alle könnten in der Hauptstadt Europas leben; um ihnen stärker zu vermitteln, dass EU und Europapolitik nicht fern sind, sondern ihretwegen – wegen der Menschen in Europa – passieren; um Europapolitik und nationale Politiken, EU und Europa, EP und Unionsbürger*innen stärker miteinander zu verzahnen; um EP und EU stärker demokratisch zu legitimieren: auf der Input- und Throughput-Seite durch Partizipation und Verfahren, mindestens jenes des Wettbewerbs für die Wahl des EP-Tagungsortes für eine Legislaturperiode.
- 4.) **Wer könnte über den Tagungsort des EPs abstimmen?** Die Abgeordneten des EP könnten kraft und zwecks ihrer Parlamentsautonomie über die Stätte ihrer Versammlungen für die jeweils kommende Legislaturperiode abstimmen. Das Generalsekretariat könnte vorher den Wettbewerb ausschreiben und prüfen, welche Städte als Kandidatinnen in die engere Auswahl kommen, da sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen: insbesondere solche der finanziellen, logistischen und ökologischen Nachhaltigkeit und u.a. des Schutzes der Bauarbeiter*innen, Bürger*innen sowie Parlamentarier*innen.
- 5.) **Was könnte mit dem EP in Brüssel und Straßburg geschehen?** Man könnte Brüssel, wie die Antragsteller*innen aus Baden-Württemberg vorschlagen, weiterhin

als primären oder alternativen Tagungsort des EP nutzen, wenn das EP sich nicht auf eine andere Bewerberstadt einigen konnte oder wenn das Brüsseler EP für manche Zwecke nach wie vor besser geeignet ist. Das Straßburger EP könnte man umfunktionieren: bspw. für andere Tagungen, etwa Parlamentssimulationen mit Jugendlichen und Forscher*innen, oder für die Europäische Agentur für politische Bildung, deren Gründung wir aufm BA in diesem Jahr gefordert haben. Straßburg als Ort der Wissenschaft, als historischer Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich bis vor über 80 Jahren und als Ort der Versöhnung und des Friedens in Europa böte sich möglicherweise dafür gut an.

6.) Warum könnten wir sowohl Städte als auch Regionen als Bewerber*innen zulassen wollen? Einige Regionen in Europa sind derart stark urbanisiert, dermaßen dicht vernetzt sowie politisch und sozial verflochten, dass sie Metropolregionen darstellen. Für diese könnte sinnvoll sein, sie als gemeinsame Bewerber*innen für die Austragung des EPs zuzulassen. Beispielhaft kommen mir neben Brüssel folgende Metropolregionen in Europa in den Sinn: Barcelona, Randstat und u.a. Rhein-Neckar.

7.) Beziehe ich mich auf was als Vorbild mit meinem Änderungsantrag? Ja, auf die Wahl der Kulturhauptstadt Europas und auf die Vergabe diverser Austragungsorte für Sportwettbewerbe.

8.) Wie könnte man Bestechung, Korruption und ökologisch langfristig ruinösen Tagungsstätten zuvorkommen, die hin und wieder bei öffentlichen Ausschreibungen vorkommen? Man könnte auf Nachhaltigkeit und Transparenz bei der Ausschreibung, Evaluation und Vergabe achten; ausgeschlossen bleiben Fehlentscheidungen, Ruinen und Umweltverschmutzung leider nicht. Das ist nunmal der Preis der Freiheit: Böses zu tun, Irrtümern zu erliegen oder Schaden anzurichten. In der Demokratie, in der offenen Gesellschaft und im Rechtsstaat könnte man diese fehler- oder sogar schuldhaften Entscheidungen aber öffentlich machen, kritisieren und revidieren – und die betreffenden Politiker*innen zur Rechenschaft ziehen oder wahlweise abberufen.

Ä1 zu IA3: Digitalisierung der Corona-Pandemie nutzen und durch Gründung einer European Digital University lebenslanges Lernen digital ermöglichen!

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 14 bis 16 löschen:

- die Bereitstellung eines vielfältigen Angebots an studienkostenfreien Bachelor- und Masterstudiengängen in Voll- und Teilzeitform ~~für Bürger:innen der EU~~ an der European Digital University.

Ä2 zu IA3: Digitalisierung der Corona-Pandemie nutzen und durch Gründung einer European Digital University lebenslanges Lernen digital ermöglichen!

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 22 bis 24 löschen:

- Präsenzformaten am Universitätssitz oder an Standorten von Partnerhochschulen möglich ist. ~~Prüfungen sollten zudem ebenfalls in Präsenzform erfolgen.~~

Ä1 zu IA4: Einführung eines Europäischen Bewerbungsportals für Studienanfänger:innen im Europäischen Hochschulraum

Antragsteller*innen Markus Tichy (JEF NRW)

Antragstext

Von Zeile 13 bis 14:

- ~~Die Teilnahme am Europäischen Bewerbungsportal soll für Hochschulen eine Bedingung für die Teilnahme am Erasmus-Förderprogramm darstellen.~~
- Die Teilnahme am Erasmus-Förderprogramm durch diejenigen Hochschulen, die sich am Europäischen Bewerbungsportal beteiligen, soll besonders gefördert werden.

Ä1 zu IA6: Für einen EU-Inspektor:innenrat

Antragsteller*innen Luca Preller (JEF Bayern)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 13 löschen:

~~Die Umwelt- und Klimapolitik spielt eine herausragende Rolle in Europa. Das Umwelt- bzw. Klimabewusstsein der europäischen Bürger:innen wächst stetig. Es ist kaum überraschend, dass der Umweltschutz ein politischer Schwerpunkt der aktuellen EU-Kommission ist. Mit dem European Green Deal und dem Klimagesetz steuert die EU derzeit eine umfassende nachhaltige Transformation der Europäischen Union an, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und damit bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Doch um diese großen politischen Ziele erreichen zu können, müssen die Vorgaben aus Brüssel effektiv in den Mitgliedsländern durchgesetzt werden und hier gibt es erhebliche Probleme. Seit langem ist ein großes Vollzugsdefizit in der europäischen Umweltpolitik bekannt und dies wird auch regelmäßig von der EU-Kommission thematisiert. Im jährlichen Bericht über die Anwendung des Unionsrechts bzw. in den Umweltaktionsprogrammen der EU postuliert die Union regelmäßig ein großes~~

Begründung

erfolgt mündlich

Ä2 zu IA6: Für einen EU-Inspektor:innenrat

Antragsteller*innen Luca Preller (JEF Bayern)

Antragstext

Von Zeile 26 bis 35:

Generaldirektion Umwelt auf mindestens 650 Mitarbeitende aufgestockt werden, um die Kontrollen auch tatsächlich durchführen zu können. ~~Im Jahr 2020 besaß die~~

~~Generaldirektion Umwelt 429 Mitarbeitende.~~

~~Die Schwierigkeiten im EU-Umweltbereich haben vielfältige strukturelle Probleme und können nicht leicht gelöst werden. Daher kann man auch nicht davon ausgehen, dass alle Probleme im EU-Umweltrecht gelöst wären, wenn man einen EU-Inspektor:innenrat einführt. Allerdings würde diese Maßnahme eins der strukturellen Probleme des EU-Umweltrechts angehen – nämlich die ineffektive Vollzugskontrolle der EU. Um dieses Problem~~ Um das Problem der ineffektiven Vollzugskontrolle zu lösen, braucht die EU-Kommission mehr Kontrollressourcen (hauptsächlich mehr Personal) und eine originäre Vor-

Begründung

erfolgt mündlich

Ä3 zu IA6: Für einen EU-Inspektor:innenrat

Antragsteller*innen Luca Preller (JEF Bayern)

Antragstext

Von Zeile 35 bis 42 löschen:

mehr Kontrollressourcen (hauptsächlich mehr Personal) und eine originäre Vor-OrtKontrollkompetenz im Umweltbereich. ~~Dies hat sonst zur Folge, dass die Kommission erstens auf die Hilfe mitgliedstaatlicher Behörden angewiesen ist, zweitens für die Prüfung der mitgliedstaatlichen Umsetzung und des Vollzugs von Europarecht private Unternehmen einsetzen muss und drittens Abstriche bei der Kontrolle der Durchsetzung von Unionsrecht im Umweltbereich machen muss. Das kann dazu führen, dass nicht jeder Verstoß gegen EU-Umweltrecht aufgedeckt wird bzw. verspätet.~~

Begründung

Text enthält keine politische Forderung. Er sollte gestrichen bzw. ggf. in die Begründung des Antrags verschoben werden.

Ä4 zu IA6: Für einen EU-Inspektor:innenrat

Antragsteller*innen Philipp Hausmann

Titel

Ändern in:

Vollzugsdefizit im EU-Umweltrecht auflösen! Einführung eines EU-Inspektor:innenrat

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5 löschen:

~~Die Umwelt- und Klimapolitik spielt eine herausragende Rolle in Europa. Das Umwelt- bzw. Klimabewusstsein der europäischen Bürger:innen wächst stetig. Es ist kaum überraschend, dass der Umweltschutz ein politischer Schwerpunkt der aktuellen EU-Kommission ist.~~ Mit dem European Green Deal und dem Klimagesetz steuert die EU derzeit eine umfassende nachhaltige Transformation der

Von Zeile 13 bis 42:

den Umweltaktionsprogrammen der EU postuliert die Union regelmäßig ein großes Vollzugsdefizit im ~~Umweltbereich~~ EU-Umweltrecht. ~~Im Jahresbericht 2019 über die Anwendung des Unionsrechts schreibt~~ Zur Lösung dieses Defizits fordern wir Jungen Europäischen Föderalisten die EU sogar Europäische Union zur Umsetzung folgender Punkte auf: „~~Fully implemented and enforced legislation is essential to reach the current 2030 target of at least a 40% reduction (from 1990 levels)~~“.

~~Die EU soll einen Inspektor:innenrat mit originärer Vor-Ort-Kontrollkompetenz im Umweltbereich einführen, um das Problem des Vollzugsdefizits im EU-Umweltrecht teilweise zu lösen.~~ Einführung eines Inspektor:innenrates mit originärer Vor-Ort-Kontrollkompetenz im Umweltbereich, durch das Geben einer ordinären Vor-Ort-Kontrollkompetenz für die

~~Konkret könnte das folgendermaßen aussehen: Entweder man erweitert die Kompetenzen der EEA (Europäische Umweltagentur) und gibt der Agentur eine originäre Vor-Ort-~~

~~Kontrollkompetenz, oder man erhöht die Kompetenzen der Generaldirektion Umwelt in der EU-Kommission und stattet die Behörde mit einer Vor-Ort-Kontrollkompetenz aus. Zusätzlich müsste die Mitarbeitendenzahl der Generaldirektion Umwelt auf mindestens 650 Mitarbeitende aufgestockt werden, um die Kontrollen auch tatsächlich durchführen zu können. Im Jahr 2020 besaß die Generaldirektion Umwelt 429 Mitarbeitende.~~
EEA (Europäische Umweltagentur) oder der Generaldirektion Umwelt in der EU-Kommission.

- Aufstockung der Mitarbeitendenzahl der Generaldirektion Umwelt von aktuell 429 auf mindestens 650 Mitarbeitende , um eine effektive Kontrolle gewährleisten zu können.

~~Die Schwierigkeiten im EU-Umweltbereich haben vielfältige strukturelle Probleme und können nicht leicht gelöst werden. Daher kann man auch nicht davon ausgehen, dass alle Probleme im EU-Umweltrecht gelöst wären, wenn man einen EU-Inspektor:innenrat einführt. Allerdings würde diese Maßnahme eins der strukturellen Probleme des EU-Umweltrechts angehen – nämlich die ineffektive Vollzugskontrolle der EU. Um dieses Problem zu lösen, braucht die EU-Kommission mehr Kontrollressourcen (hauptsächlich mehr Personal) und eine originäre Vor-Ort-Kontrollkompetenz im Umweltbereich. Dies hat sonst zur Folge, dass die Kommission erstens auf die Hilfe mitgliedstaatlicher Behörden angewiesen ist, zweitens für die Prüfung der mitgliedstaatlichen Umsetzung und des Vollzugs von Europarecht private Unternehmen einsetzen muss und drittens Abstriche bei der Kontrolle der Durchsetzung von Unionsrecht im Umweltbereich machen muss. Das kann dazu führen, dass nicht jeder Verstoß gegen EU-Umweltrecht aufgedeckt wird bzw. verspätet.~~

Begründung

Kürzung des Antragstextes sowie Veränderung der Begründung zu:

Die Schwierigkeiten im EU-Umweltbereich haben vielfältige strukturelle Probleme und können nicht leicht gelöst werden. Daher kann man auch nicht davon ausgehen, dass alle Probleme im EU-Umweltrecht gelöst wären, wenn man einen EU-Inspektor:innenrat einführt. Allerdings würde diese Maßnahme eins der strukturellen Probleme des EU-Umweltrechts angehen - nämlich die ineffektive Vollzugskontrolle der EU. Um dieses Problem zu lösen, braucht die EU-Kommission mehr Kontrollressourcen (hauptsächlich mehr Personal) und eine originäre Vor-Ort-Kontrollkompetenz im Umweltbereich. Dies hat sonst zur Folge, dass die Kommission erstens auf die Hilfe mitgliedstaatlicher Behörden angewiesen ist, zweitens für die Prüfung der mitgliedstaatlichen Umsetzung und des Vollzugs von Europarecht private Unternehmen einsetzen muss und drittens Abstriche bei der

Kontrolle der Durchsetzung von Unionsrecht im Umweltbereich machen muss. Das kann dazu führen, dass nicht jeder Verstoß gegen EU-Umweltrecht aufgedeckt wird bzw. verspätet.

Ä1 zu IA9: Europa so früh wie möglich erlebbar machen – Förderung eines stärkeren Austausches von Schüler:innen innerhalb der EU!

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 19 bis 21:

- EU. Dabei sollen sowohl Aufenthalte bei Gastfamilien über wenige Wochen in den Schulferien (z.B. für Sprachkurse), als auch über ~~ein-paar~~mehrere Monate oder gar über ein gesamtes Schuljahr möglich sein.

Begründung

Keine Umgangssprache im Antragstext.

Ä2 zu IA9: Europa so früh wie möglich erlebbar machen – Förderung eines stärkeren Austausches von Schüler:innen innerhalb der EU!

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Nach Zeile 38 einfügen:

- Im Rahmen des Austauschprogramms sollen die Schüler:innen verpflichtend Inhalte mit europäischem Bezug (etwa Besuch der Europäischen Institutionen, Europe Direct oder historischen Stätten) durchgeführt werden, um die Schüler:innen auf den europäischen Gedanken hin zu sensibilisieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä1 zu IA10: Leistung honorieren – vergütete Pflichtpraktika europaweit ermöglichen!

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 10.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 19 bis 20:

- ~~Hierbei muss eine Vergütung mit einem ausreichend hohen Mindestlohn angestrebt werden.~~
- Die Vergütung muss dabei mindestens dem landesspezifischen Mindestlohn entsprechen.

Ä1 zu IA11: Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

„Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge die für ihr Wohlergehen notwendig sind“[7] endlich konsequent nachkommen.

Weiterhin fordern wir, dass die Europäische Union darauf hinwirkt, dass alle ihre Mitgliedstaaten dem Europäischen Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten beitreten und dass diese ihrerseits darauf hinwirken, dass die Europäische Union nach Art. 22 Abs. 1 des Übereinkommens zum Beitritt zum Übereinkommen eingeladen wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä2 zu IA11: Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*innen Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg
e. V. (beschlossen am: 05.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 17 bis 19:

sensibilisiert werden und hier sowohl fachkundig als auch finanziell unterstützt werden. Der JEF-~~Bundeskongress~~Bundesvorstand soll sich ~~weiter~~beim DBJR dafür einsetzen, dass die körperliche und seelische Gesundheit unserer Jüngsten endlich in den Mittelpunkt

Ä3 zu IA11: Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 10.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

europäischen Union werden. Wir fordern die Bereitstellung von Fördermitteln der europäischen Union für ein europaweites dezentrales Anlaufstellensystem für Kinder und Jugendliche zur Prävention von sexualisierter Gewalt und als Schutzversprechen

Ä4 zu IA11: Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*innen JEF Bayern (beschlossen am: 10.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

Umgang mit körperlichen und seelischen Erkrankungen bis hin zu Umgang und Beratung mit sexualisierter Gewalt sollte ein [dezentrales](#) 24/7 Anlaufstellensystem geschaffen werden. Nach z. B. dem Vorbild der „Notinsel“ einem Projekt der

Begründung

erfolgt mündlich

Ä5 zu IA11: Eine europäische Lösung zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
15.10.2021)

Titel

Ändern in:

Für europaweiten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt

Antragstext

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss ein zentrales Anliegen der europäischen Union werden. Die JEF Deutschland begrüßt, dass die EU-Kommission mit einer ersten EU-Kinderrechtsstrategie 2021 europaweit Kinderrechte stärken möchte und fordert die zeitnahe und umfangreiche Umsetzung der darin enthaltenen Rechte zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Um diese gewährleisten zu können, fordert die JEF Deutschland die europaweite Implementierung folgender Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Art von psychischer, körperlicher und insbesondere sexualisierter Gewalt:

- den europaweiten Ausbau von dezentralen 24/7 Anlaufstellen für Opfer von Gewalt im Kindes- und Jugendalter sowie die Förderung von intensiver psychologischer Betreuung;
- die Schaffung bzw. die Unterstützung von staatlichen Institutionen zum Thema Kindeswohl, wie etwa den Arbeitsstab des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland;
- den Ausbau der Zusammenarbeit europäischer Strafverfolgungsbehörden und Polizeistellen;
- die Etablierung einer kindgerechten Justiz;
- die Ausweitung von Aufklärungsarbeit für Kinder und Jugendliche über ihre Rechte sowie Resilienzförderung, um ihre Widerstandskräfte zu stärken;
- die Sensibilisierung von Pädagog:innen und anderen Betreuungs- und Ansprechpersonen für Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie für den Umgang mit Betroffenen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Dies soll durch

Aufklärungsarbeit auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene, wie z.B. Kampagnen, Weiterbildungskurse oder Aufklärung an Schulen, geleistet werden;

- Aufklärungsarbeit staatlicher und öffentlicher Institutionen über Intersektionalität im Hinblick auf Kinder- und Jugendschutz;
- Bekämpfung von Kinderhandel, Kinderprostitution, Kinderarbeit, Kinder-, Zwangs- und Scheinehen sowie anderen Formen von Ausbeutung;
- den Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Kindern- und Jugendlichen, unter anderem durch Unterbindung von Genitalverstümmelungen und von
- ~~gesundheitsschädlichen Praktiken~~ ~~Opfer~~ ~~Mitglieder~~ ~~in~~ ~~Dissemination~~ ~~in~~ ~~Kinder~~; z.B. indem IKT-Unternehmen (Informations- und Kommunikationstechnologie-Unternehmen) dabei stärker in die Pflicht genommen und zur Verantwortung gezogen werden.

Darüber hinaus fordern wir den Bundesvorstand auf, zu prüfen, inwieweit Teamer:innen (o.ä.) im Rahmen der Bildungsarbeit der JEF Deutschland und ihrer Unterorganisationen zum Thema Kindeswohlgefährdung sensibilisiert werden können.

Ä1 zu IA12: Für eine Reform der EU-Digitalpolitik

Antragsteller*innen Christoph Hertweck (Delegierter JEF
Saarland)

Antragstext

Von Zeile 52 bis 53 löschen:

~~10. für eine Verabschiedung eines Gesetzes, dass die Speicherung, Nutzung und Verarbeitung von europäischen Daten außerhalb von Europa verbietet,~~

Begründung

Es ist äußerst unrealistisch, dass diese Forderung sinnvoll umgesetzt werden kann. Würde man dem nachkommen, wäre es gesetzlich verboten, selbst eine einfache E-Mail in die USA oder nach China zu schicken. Dadurch würde der internationale Handel massiv eingeschränkt.

Ä2 zu IA12: Für eine Reform der EU-Digitalpolitik

Antragsteller*innen Jan Schwellenbach (JEF NRW)

Antragstext

Von Zeile 52 bis 53:

- ~~1. für eine Verabschiedung eines Gesetzes, dass die Speicherung, Nutzung und Verarbeitung von europäischen Daten außerhalb von Europa verbietet,~~
 1. für mehr Transparenz in der Speicherung, Nutzung und Verarbeitung von europäischen Daten,

Ä2 zu IA13: Die Konferenz zur Zukunft Europas – Wir machen Druck für gute Ideen!

Antragsteller*innen Tim Odendahl

Antragstext

Aufbauend auf den Beschlüssen „Wir brauchen nicht nur die Konferenz, sondern einen Konvent zur Zukunft Europas!“ vom 20.03.2021 und „Die Konferenz zur Zukunft Europas darf keine Zuhör-Übung werden!“ vom 21.03.2020 fordern die JEF Deutschland,

1. die Zukunftskonferenz möglichst zu verlängern, da die Dauer von nur einem Jahr
2. die vielfältigen Bedürfnisse der Zivilgesellschaft nicht abzudecken können, um noch mehr zivilgesellschaftliche Gruppen und öffentliche Medien zu erreichen;
3. die im Rahmen des transparenten und niedrigschwelligen Beteiligungsformats der digitalen Bürgerplattform gesammelten Ideen im weiteren Prozess der Konferenz
4. die JEF essenziell zu beteiligen, um auf allen Ebenen dazu auf, die Bürgerplattform zu nutzen, um die programmatischen Ideen der JEF und des europäischen Föderalismus in die Debatte einzubringen. Dies kann auch bedeuten, bereits
5. alle Mitglieder der JEF (z.B. Bundesrat, JEF Europa) zu unterstützen; die Mitglieder der Zivilgesellschaft, auf, im Geiste des Europäischen Föderalismus die Ideen der Bürgerinnen und Bürger unvoreingenommen aufzunehmen und die Ergebnisse der Konferenz verbindlich umzusetzen.

Begründung

Die Ausfertigung von Beschlüssen wird enorm dadurch erleichtert, wenn die zuvor beschlossenen Anträge einen einheitlichen Stil haben. Einem beschlossenen Text werden der Titel, das beschließende Gremium, der Ort der Tagung und das Datum des Beschlusses vorangestellt. Nach der Formel "Beschluss im Wortlaut" folgt dann der Beschlusstext.

Ein "möge ... beschließen" muss dann in ein forderndes, aktives Verb (fordern, erwarten ...) umgewandelt werden. Alleine das kann schon redaktionelle Diskussionen herbeiführen, obschon redaktionelle Änderungen in den allermeisten Fällen ohne Auseinandersetzungen führen sollten.

Gut ist, wenn der*die Leser*in nach der Ausfertigung direkt versteht, worum es geht, nämlich, dass wir etwas fordern.

Ich befürchte, dass die Referenzen zu vorangegangenen Beschlüssen die Mehrheit der Leser*innen eher ablenkt. Das finde ich als Historiker natürlich schade, doch in der Außenwirkung geht es weniger um Geschichte, als um Aufmerksamkeit auf unsere politischen Positionen (die Streichung habe ich mir allerdings in diesem ÄA nicht erlaubt).

Besser ist es meiner Meinung nach, wenn die Forderungen der referenzierten Beschlüsse eingebaut werden und somit der vorherige Beschluss faktisch aufgehoben/obsolet gemacht wird. Überspitzt gesagt, bräuchten wir sonst ein JEF-Bundesbeschlussblatt (JBBB), was in dieser Zusammensetzung eher an ein unschönes Kapitel der Berlin-brandenburgischen JEF-Geschichte erinnert.

Ä1 zu IA17NEU: Europäische Zukunft mit Nord Stream 2

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen

Antragstext

Von Zeile 12 bis 17:

Diese potenziellen Pläne befürworten wir als JEF und fordern daher alle europäischen Akteure und insbesondere die deutsche Bundesregierung ~~dazu~~ auf, sich dafür einzusetzen, dass die Pipeline zum einen nicht durch die russischen Vertragspartner als politisches Machtinstrument missbraucht wird und zum anderen langfristig eine umfreundliche Umnutzung der Pipeline ~~zum Transport von umweltfreundlichen Wasserstoff erfolgt~~ erfolgen kann.

Ä1 zu IA21: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Titel

Ändern in:

IA23: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragstext

Von Zeile 3 bis 5 löschen:

umsteigen. Europaweit variieren Ressourcen und Umsetzung diesbezüglich stark. Die Prioritäten der Europäischen Kom-mission bis 2024 beinhalten mitunter eine Digitalstrategie, mit der das kommende Jahrzehnt zur "Digital Decade" Europas

Ä2 zu IA21: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Titel

Ändern in:

IA23: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragstext

Von Zeile 10 bis 12 löschen:

Damit Europa erfolgreich Standards im digitalen Bereich setzen kann, darf der Bildungsbereich nicht außer Acht gelassen werden. Dazu fordern die JEF Deutschland Unterstützung auf europäischer Ebene für Bildungseinrichtungen im

Ä3 zu IA21: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Titel

Ändern in:

IA23: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragstext

Von Zeile 17 bis 18 löschen:

2. ein DSGVO-konformes Angebot nach den Anforderungen der europäischen Bildungseinrichtungen, zu schaffen.

Ä4 zu IA21: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragsteller*innen Philipp Hausmann

Titel

Ändern in:

IA23: EU-Digitaloffensive auf die Bildung

Antragstext

Nach Zeile 21 einfügen:

4. Eine Ausweitung des Zugriffs auf das WLAN- und Wissenschaftsnetzwerk Education Roaming (eduroam) auf Ausbildungsstätten und Schulen in der Europäischen Union.

Ä1 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 17 bis 22 löschen:

1. Republik, wie dem Grenzübergang Nové Údolí/Haidmühle, wo auch über 30 Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs die ursprüngliche Schienenverbindung nicht wiederhergestellt ist.
2. Die europaweite Senkung von Preisen für Zugfahrten, insbesondere für junge Menschen. Dies könnte auch durch - wie von der Kommission angestrebt - eine europaweite Liberalisierung des Bahnverkehrs erreicht werden.

Von Zeile 28 bis 32 löschen:

4. grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransport. Dazu zählen besonders die Einführung des einheitlichen Zugsicherungssystems European Train Control System (ETCS) sowie der Bau von zusätzlichen Umschlagterminals, um einen modalen Wechsel von Straßen- zu Schienengüterverkehr zu fördern.

Ä2 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

1. Die Förderung des Ausbaus von transnationalen Zugverbindungen sowie Neu-, Ausbau und Reaktivierung von Schienenstrecken. Beispielhaft sind die Verbindungen zwischen Bayern und der Tschechischen

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä3 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

2. Menschen. Dies könnte auch durch - wie von der Kommission angestrebt - eine europa- weite Liberalisierung des Bahnverkehrs erreicht werden. Anstrebenswert wäre auch die Einführung von europaweit gültigen Rabattkarten für Vielfahrer.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä4 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen Philipp Hausmann (JEF Baden-
Württemberg)

Titel

Ändern in:

IA24: Mehr Zug in Europa - "Europäisches Jahr der Schiene 2021" als
Impuls nutzen

Antragstext

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Die JEF Deutschland befürwortet diesen Schritt und sieht es als wichtig an, diese Initiative auch über 2021 als Impuls zu nutzen, um Zugverkehr auf europäischer Ebene zukünftig stärker zu fördern. Dazu gehören:

Ä5 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen (beschlossen am:
04.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 19 löschen:

- ~~1. Die Förderung des Ausbaus von transnationalen Zugverbindungen. Beispielhaft sind die Verbindungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik, wie dem Grenzübergang Nové Údolí/Haidmühle, wo auch über 30 Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs die ursprüngliche Schienenverbindung nicht wiederhergestellt ist.~~

Von Zeile 23 bis 25 löschen:

- ~~3. Der Ausbau der europaweiten Hochgeschwindigkeits- und Nachtzugverbindungen. Diese stellen in besonderem Maße eine Alternative zu umweltschädlicheren Kurz- und Mittelstreckenflügen innerhalb Europas dar.~~

Begründung

Die Forderungen zum Ausbau transnationaler Zugverbindungen sowie von Hochgeschwindigkeits- und Nachtzugverbindungen sind bereits Beschlusslage (s. Antrag EU als Vorreiterin beim Klimaschutz Abschnitt "Nachhaltige Mobilität") und müssen insofern nicht erneut beschlossen werden.

Ä6 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen JEF Niedersachsen

Antragstext

Nach Zeile 32 einfügen:

5. Der Ausbau von Direktverbindungen zwischen benachbarten europäischen Hauptstädten.
6. Das Gleichziehen Deutschlands mit vorbildlichen Staaten wie Luxemburg, der Schweiz oder Österreich in Bezug auf Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Deutschland muss zudem seine besondere Rolle durch die zentrale geografische Lage wahrnehmen.
7. Die Kompetenzerweiterung der European Union Agency for Railways (ERA), insbesondere zur Erreichung von Interoperabilität.
8. Die Neuerung der Intelligent Transport Systems (ITS) Directive. Die EU muss Bahnunternehmen der Mitgliedstaaten zum besseren Austausch von Daten, die für die Ticketbuchung relevant sind, verpflichten sowie eine Rechtsgrundlage für multimodales Ticketing schaffen.

Ä7 zu IA22: IA24: Europäisches Jahr der Schiene 2021 nutzen

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Nach Zeile 22 einfügen:

3. Die Rückgängigmachung der im Frühjahr 2021 verabschiedeten Beschneidung der Fahrgastrechte durch Einführung einer force majeure-Klausel durch die Verordnung (EU) 2021/782. Das bedeutet, dass Eisenbahnverkehrsunternehmen auch dann für Verspätungen eine Entschädigung an Fahrgäste leisten müssen, wenn äußere Umstände, wie höhere Gewalt oder Einwirkungen von Dritten ursächlich für die Verspätung sind, so wie es auch das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren forderte.

Ä1 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 2 bis 7 löschen:

abgelöst. In fast allen exportorientierten Wirtschaftszweigen ist es unmöglich ohne China als Handels-partner auszukommen. Aus diesem Grund wurde jahrelang an einem Investitionsabkommen zwischen der EU und China gearbeitet. Nach der kürzlichen Verschlechterung der Bezieh-ungen, unter anderem aufgrund chinesischer Sanktionen gegen Abgeordnete des Europäi-schen Parlaments, die sich gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in China ausgesprochen

Von Zeile 10 bis 12 löschen:

Kontinent weiter aus. In seinem Projekt der "neuen Seidenstraße" finanziert China große Infrastruktur-projekte auch in EU-Staaten und bringt diese dabei in gefährliche Abhängigkeiten von chinesi-schen Kapitalgebern.

Von Zeile 16 bis 18 löschen:

Möglichkeit europäische Werte in anderen Ländern zu fördern. Das jüngste Verhalten Chinas wirft jedoch Zweifel an dessen Vertrags-treue auf, weshalb ein Handelsabkommen "um jeden Preis" nicht wünschenswert ist. Europäische Werte

Von Zeile 34 bis 37 löschen:

4. Gleichzeitig muss die EU, unter der Verpflichtung Chinas zur Einhaltung der inter-national unverhandelbaren Menschenrechte, weiter eng mit China zusammen-arbeiten. Insbesondere bei den Themen Klimaschutz und Gesundheitspolitik sind globale Lösungsansätze alternativlos.

Ä2 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 13 bis 15:

Für die EU ist es also wichtig eine Antwort auf die immer größere wirtschaftliche Bedeutung Chinas zu finden. Die JEF ~~Bayern~~Deutschland befürwortet den Abbau von Handelshemmnissen und stärkeren wirtschaftlichen Austausch auch als

Begründung

Antrag wird bei JEF Deutschland gestellt.

Ä3 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Christoph Hertweck

Antragstext

Von Zeile 34 bis 36:

4. Gleichzeitig muss die EU, unter der Verpflichtung Chinas zur Einhaltung der ~~inter-national-unverhandelbaren~~für unser europäisches Verständnis unverhandelbaren Menschenrechte, weiter eng mit China zusammen- arbeiten. Insbesondere bei den Themen Klimaschutz und

Begründung

Leider sind zahlreiche Menschenrechte, die wir in Europa als unverhandelbar ansehen international überhaupt nicht anerkannt. Insofern muss hier auf unser gemeinsames europäisches Verständnis Bezug genommen werden.

Ä4 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 21 bis 22:

1. einerseits der Einhaltung ~~menschenrechtlicher~~ menschen- und umweltrechtlicher Standards in China sowie der Wahrung von Arbeitnehmer:innenrechten in China

Ä5 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 27 bis 28:

2. Die ~~Festlegung~~ verbindliche Einbeziehung von ~~Sanktionen~~ menschen-, umwelt- und arbeitsrechtlichen Standards und die Durchsetzung dieser Regelungen durch die ~~EU im Falle~~ Festlegung von ~~Nicht-Einhaltung~~ konkreten Sanktionen. Diese sollen eine schnelle Handlungsfähigkeit der EU bei Verstößen Chinas

Ä6 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 34 bis 36:

4. Gleichzeitig muss die EU, unter der Verpflichtung Chinas zur Einhaltung und tatsächlichen Durchsetzung der ~~inter-national-unverhandelbaren~~ internationalen Menschenrechte, weiter eng mit China zusammen- arbeiten. Insbesondere bei den Themen Klimaschutz und

Ä7 zu IA23: IA21: Der Umgang der EU mit China als Wirtschaftsmacht

Antragsteller*innen Georg Händel

Antragstext

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

3. die eine Antwort auf chinesische Einflussnahme bei Infrastrukturprojekten in der EU darstellt. Das Ziel sollte der Aufbau bzw. Erhalt europäischer Kompetenzen insbesondere im Bereich der kritischen Infrastruktur (u.a. Strom- und Datennetze, Wasserversorgung etc.) sein. Als Ultima Ratio sollten chinesische Investoren auch vom europäischen Markt ausgeschlossen werden können.

Begründung

Zwischen europäischen und chinesischen Firmen herrscht oftmals keine Waffengleichheit, da sie auf chinesischer Seite erhebliche Subventionen geleistet werden. Darüber hinaus wurde in der Vergangenheit erwiesenermaßen massive Wirtschaftsspionage betrieben, um westliches Knowhow zu erlangen. Gleichzeitig treibt China auch globalpolitisch seine Interessen aggressiv voran (Südchinesisches Meer, Hongkong etc.). Aus dieser Gemengelage heraus sollte Europa in kritischen Bereichen eigene Kompetenzen aufbauen bzw. erhalten, um politisch wie auch militärisch nicht angreifbar bzw. erpressbar zu sein.

Ä1 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Magali_JEB

Titel

Ändern in:

IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragstext

Von Zeile 9 bis 11 löschen:

laut dem WEF noch dauern, bis die Gleichberechtigung der Frauen erreicht wird. Das EIGE hat ~~während~~ festgestellt, dass 2,2 Millionen Frauen während der Coronakrise ihren Job verloren haben, und dass Frauen ebenfalls hauptsächlich an

Begründung

redaktionelle Änderung

Ä2 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Manuel Glattbach, Thomas Klöckner (JEF
Baden-Württemberg)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Nachfolgend wird die Bezeichnung "Frau" bzw. ~~„Frauen“ im Text für alle Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans- und agender (ohne Geschlecht) Personen verwendet.~~ „Frauen“ im Text für alle Personen, die sich gemäß ihres biologischen Geschlechts und/oder ihrer Geschlechtsidentität als solche definieren, verwendet.

Begründung

Wir begrüßen ausdrücklich den inklusiven Ansatz dieses Antrags, jedoch werden in der Eingangsdefinition des Begriffs "Frau(en)" Kategorien der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität, die nicht notwendigerweise miteinander in Verbindung und teilweise im Widerspruch zum Begriff "Frau(en)" stehen, vermischt. Daher präferieren wir eine allgemeinere Definition ohne Auflistung von Beispielen.

Ä3 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 11:

dem Arbeitsmarkt ist und, dass sie in den systemrelevanten Berufen deutlich die Mehrheit bilden. Das Weltwirtschaftsforum ([WEF](#)) stellt fest, dass die Corona-Pandemie die Gleichberechtigung um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. 136,5 Jahre soll es laut dem WEF noch dauern, bis die Gleichberechtigung der Frauen erreicht wird. Das ~~EIGE~~ [Europäische Institut für Gleichstellungsfragen \(EIGE\)](#) hat während festgestellt, dass 2,2 Millionen Frauen während der Coronakrise ihren Job verloren haben, und dass Frauen ebenfalls hauptsächlich an

Begründung

Ich war beim ersten Lesen kurz ratlos, was die Abkürzungen bedeuten sollen bzw habe sie dann gegoogelt, und fände es deswegen gut, die Erklärung der Abkürzungen einzufügen.

Ä4 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 68 bis 69:

- Förderung von Frauen für Führungspositionen in der europäischen Kommission und in ~~Exekutivagenturen;~~allen anderen europäischen Institutionen und Agenturen;

Begründung

Ich bin mir nicht ganz sicher, was ihr mit Exekutivorganen meint, aber zB wäre ja ein höherer Frauenanteil im Europäischen Gerichtshof auch gut und das ist ja nicht wirklich ein Exekutivorgan. Deswegen würde ich einfach europäische Institutionen und Agenturen vorschlagen.

Ä5 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen BAG Empowerment und Diversity
(beschlossen am: 06.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Nachfolgend wird die Bezeichnung ~~„Frau“ bzw. „Frauen“~~ „FLINTA“ im Text für alle Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans- und agender ~~(ohne Geschlecht)~~ Personen verwendet.

Von Zeile 5 bis 6:

Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, wie fragil die Lage der ~~Frauen~~ FLINTA auf dem Arbeitsmarkt ist und, dass sie in den systemrelevanten Berufen deutlich die

Von Zeile 8 bis 10:

die Gleichberechtigung um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. 136,5 Jahre soll es laut dem WEF noch dauern, bis die Gleichberechtigung der ~~Frauen~~ Geschlechter erreicht wird. Das EIGE hat während festgestellt, dass 2,2 Millionen Frauen während der

Von Zeile 17 bis 25:

Auch in anderen Bereichen legt die Pandemiezeit Diskriminierung aufgrund des Geschlechts offen, indem ~~Frauen schon~~ FLINTA stärker als sonst benachteiligt werden. Laut dem statischen Bundesamt verdienen Frauen beispielsweise in Deutschland im Schnitt 18% weniger als Männer. In Europa liegt der Durchschnitt bei 16%. In gut bezahlten Positionen sind ~~Frauen~~ FLINTA besonders unterrepräsentiert. In europäischen börsennotierten Unternehmen befinden sich aktuell 33% Frauen im Vorstand, davon sind 27% in Führungspositionen und 16% in exekutiven Positionen. Um die Lebensstandards von ~~Frauen~~ FLINTA in der EU zu verbessern, müssen europaweite Mindeststandards

eingeführt werden, an denen sich die EU-Mitgliedstaaten

Von Zeile 27 bis 29:

Unterschiedliche Standards gibt es auch im Hinblick auf die Elternzeit. Aufgrund von unzureichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung, sind **FrauenFLINTA** in vielen europäischen Staaten häufig dazu gezwungen, über die Elternzeit hinaus und ohne

Von Zeile 31 bis 33:

Eine besonders große Belastung stellt in vielen Teilen Europas außerdem die Rentenarmut dar, von der **FrauenFLINTA** besonders stark betroffen sind. In Europa liegt die durchschnittliche Differenz den Rentenbetrags zwischen Frauen und Männern

Von Zeile 37 bis 38:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie allgemeine Stärkung von **FrauenFLINTA** in der Berufswelt;

In Zeile 41:

- Förderung der Erwerbsbeteiligung von **Frauen;FLINTA;**

Von Zeile 44 bis 45:

- Förderung von **FrauenFLINTA** in Führungspositionen und in den Vorständen von börsennotierten Unternehmen.

Von Zeile 47 bis 49:

Die Repräsentation von **FrauenFLINTA** in der Politik hat sich zwar über die letzten Jahre hinweg verbessert, jedoch ist die Teilhabe von **FrauenFLINTA** in der Politik noch lange

nicht gleichberechtigt. So hat sich im EU-Parlament der Anteil von Frauen

Von Zeile 52 bis 57:

49,6% zu einem nahezu paritätischen Parlament. In allen anderen EU-Ländern sind **FrauenFLINTA** in den Parlamenten unterrepräsentiert, dies meistens sogar sehr deutlich. Dies zeigt, dass nicht nur die EU, sondern auch alle Mitgliedsstaaten weiter unerlässlich der Benachteiligung von **FrauenFLINTA** entgegenwirken müssen. Neben der politischen Teilhabe von **FrauenFLINTA** muss auch die weibliche europäische zivilgesellschaftliche Partizipation weiter gestärkt werden. In Deutschland

Von Zeile 60 bis 64:

sich jedoch nur 25% Frauen und in Aufsichtsräten gibt es lediglich einen Frauenanteil von 14%. Es ist daher essentiell, dass **FrauenFLINTA** mehr Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen können. Hierfür muss die EU zusammen mit Mitgliedsstaaten eintreten und zu einer Veränderung der Strukturen beitragen, sodass **FrauenFLINTA** eine Chance auf gleichberechtigte Teilhabe erhalten.

In Zeile 66:

- Stärkung von zivilgesellschaftlicher Partizipation von **Frauen;FLINTA;**

Von Zeile 68 bis 69:

- Förderung von **FrauenFLINTA** für Führungspositionen in der europäischen Kommission und in Exekutivagenturen;

Von Zeile 72 bis 73:

- Folgenabschätzung der Politik hinsichtlich der Auswirkungen auf **FrauenFLINTA** und andere von Diskriminierung betroffene Gruppen;

Von Zeile 79 bis 81:

Diskriminierung erfahren **FrauenFLINTA** auch im Bereich der Gesundheit. Laut Schätzungen des Europäischen Parlaments kann sich eine von zehn **FrauenFLINTA** in Europa keine Hygieneartikel leisten. Während einige Länder Hygieneartikel als Grundbedarf

Von Zeile 85 bis 91:

Maßstab. Das heißt unter anderem, dass Medikamente an Männern getestet wurden. Heute wissen wir, dass Medikamente bei **FrauenFLINTA** und Männern unterschiedlich wirken. Außerdem haben **FrauenFLINTA** bei manchen Krankheiten, wie z.B. einem Herzinfarkt, andere Symptome als Männer. Auch im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierungen erleben **FrauenFLINTA** Diskriminierung im Gesundheitswesen, z.B. fehlt **FrauenFLINTA** mit Behinderung der gleichberechtigte Zugang zu reproduktiven Gesundheitsleistungen.

Von Zeile 98 bis 101:

Kosten des Eingriffs selbst sind zudem mit einer hohen finanziellen Belastung verbunden und für viele **FrauenFLINTA** in prekären Situationen nicht realisierbar. Insbesondere jungen **FrauenFLINTA** im Alter zwischen 18-25 Jahren, die in Deutschland die meisten Schwangerschaftsabbrüche durchführen lassen, wird durch die

Von Zeile 104 bis 109:

Vor allem die äußerste Form der Gewalt muss bekämpft werden. Femizide, also die Tötung von **FrauenFLINTA** und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts, werden oft nicht als solche erfasst, sondern als Familien- oder Beziehungsdramen verschleiert. Laut einer UN-Studie wurden im Jahr 2017 3.000 **FrauenFemizide** in Europa verzeichnet, die von **ihrenden** Partnern oder Familienangehörigen **getötet** **verübt wurden**. Deutschland ist in absoluten Zahlen vorne mit dabei. Viele Fälle häuslicher Gewalt bleiben undokumentiert.

Ä6 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen BAG Empowerment und Diversity
(beschlossen am: 06.10.2021)

Antragstext

Nach Zeile 117 einfügen:

- [Bekämpfung der Periodenarmut:](#)

Ä7 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen BAG Empowerment und Diversity
(beschlossen am: 06.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 118 bis 119:

- EU-weite Verringerung geschlechtsspezifisch-diskriminierende Mechanismen in der Medizin und gleichberechtigter Zugang zu medizinischer ~~Versorgung~~; Versorgung sowie die geschlechtsspezifische Kontrolle von Arzneimitteln durch die Europäische Arzneimittel Agentur (EMA);

Ä8 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen BAG Empowerment und Diversity
(beschlossen am: 06.10.2021)

Antragstext

Nach Zeile 35 einfügen:

- Stärkung des EIGE:

Ä9 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen BAG Empowerment und Diversity
(beschlossen am: 15.10.2021)

Antragstext

Von Zeile 59 bis 62:

zivilgesellschaftlichen Organisationen bei 69%, in Leitungsfunktionen befinden sich jedoch nur ~~25%~~39% Frauen und ~~in Aufsichtsräten~~an der Spitze gibt es lediglich einen Frauenanteil von ~~14%~~36%. Es ist daher essentiell, dass Frauen mehr Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen können. Hierfür muss die EU zusammen mit

Ä10 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Leon Heckmann (BB)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16:

hinaus ein signifikanter Anstieg der partnerschaftlichen Gewalt gegen Frauen festgestellt, wobei die ~~Grauzone~~Dunkelziffer noch deutlich höher sein dürfte.

Ä11 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Leon Heckmann (BB)

Antragstext

Von Zeile 17 bis 20:

Auch in anderen Bereichen legt die ~~Pandemiezeit~~Pandemie Diskriminierung aufgrund des Geschlechts offen, indem Frauen schon stärker als sonst benachteiligt werden. Laut dem statistischen Bundesamt verdienen Frauen beispielsweise in Deutschland im Schnitt 18% weniger als Männer. In Europa liegt der Durchschnitt bei 16%. In gut

Von Zeile 27 bis 29 löschen:

Unterschiedliche Standards gibt es auch im Hinblick auf die Elternzeit. Aufgrund von unzureichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung, sind Frauen in vielen europäischen Staaten häufig dazu gezwungen, über die Elternzeit hinaus und ohne

Von Zeile 32 bis 34 löschen:

Rentenarmut dar, von der Frauen besonders stark betroffen sind. In Europa liegt die durchschnittliche Differenz ~~den Rentenbetrags~~ zwischen Frauen und Männern beim Rentenbetrag bei 13%.

Von Zeile 61 bis 63 einfügen:

Frauenanteil von 14%. Es ist daher essentiell, dass Frauen mehr Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen können. Hierfür muss die EU zusammen mit den Mitgliedsstaaten eintreten und zu einer Veränderung der Strukturen beitragen,

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

Herzinfarkt, andere Symptome als Männer. Auch im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung[Leerzeichen]erleben Frauen Diskriminierung im Gesundheitswesen, z.B. fehlt Frauen mit Behinderung der gleichberechtigte Zugang zu reproduktiven

Von Zeile 92 bis 93 einfügen:

Abtreibungen[Leerzeichen]sind von Land zu Land mit unterschiedlichen Hürden verbunden. In manchen Mitgliedsstaaten wie Polen sind sie ganz verboten. In Deutschland sind

Von Zeile 114 bis 116:

immer unmöglich zu heiraten. Daraus folgt, dass queere Menschen und Paare innerhalb der EU unterschiedlich stark ~~von~~in ihrer ~~Personenfreizügigkeit~~persönlichen Freiheit eingeschränkt sind.

Von Zeile 118 bis 119 einfügen:

- EU-weite Verringerung geschlechtsspezifisch-diskriminierender g Mechanismen in der Medizin und gleichberechtigter Zugang zu medizinischer Versorgung;

Ä12 zu IA26: Für europäische Geschlechtergerechtigkeit

Antragsteller*innen Laura Wanner (BAG Programmatik)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 62:

Neben der politischen Teilhabe von Frauen muss auch die weibliche europäische zivilgesellschaftliche Partizipation weiter gestärkt werden. ~~In Deutschland beispielsweise liegt der Frauenanteil in der Belegschaft von zivilgesellschaftlichen Organisationen bei 69%, in Leitungsfunktionen befinden sich jedoch nur 25% Frauen und in Aufsichtsräten gibt es lediglich einen Frauenanteil von 14%. Es ist daher~~ Es ist essentiell, dass Frauen mehr Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen können. Hierfür muss die EU zusammen mit

Ä2 zu IA28NEU3: Testantrag

Antragsteller*innen Simon Paetzold (JEF BuVo) (JEF BuVo)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

publishing text commonly used in the graphic, print, and publishing industries for previewing layouts and visual mockups.

Das ist der zweite Antrag, der nicht mehr erscheinen sollte.

Ä3 zu IA28NEU3: Testantrag

Antragsteller*innen Simon Paetzold (JEF BuVo) (JEF BuVo)